

» Klimapolitik: Wohnungswirtschaft warnt vor Schnellschüssen / Schon über 70 Prozent der Mitgliedswohnungsbestände mit Fernwärme versorgt

Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU)

(Verbandspresse, 02.08.2007 15:48)

(Berlin) - Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) mahnt in der Klimadebatte zur Besonnenheit. Damit reagiert der Verband auf den Vorstoß des Bundesumweltministeriums zur Einführung eines verbindlichen Ökowärmeanteils für Haushalte. „Mit hektischen Schnellschüssen einzelner Bundesminister ist dem Klimaschutz nicht gedient. Wir brauchen ein transparentes, in sich schlüssiges und vor allem langfristiges Konzept zum Klimaschutz“, sagte BBU-Vorstandsmitglied Ludwig Burkardt. Maßgeschneiderte Anreizprogramme für die unterschiedlichen Gebäudeeigentümer seien dabei sinnvoller als Gesetze und Verordnungen. Außerdem müssten Modernisierungshemmnisse abgebaut werden.

Die Wohnungswirtschaft Berlin-Brandenburgs sei offen für Maßnahmen zur weiteren Steigerung der Energieeffizienz in ihren Wohnungsbeständen. „Allein schon aus Gründen der Vermietbarkeit bemühen sich die Wohnungsunternehmen schon seit Jahren um ein effektives Energiemanagement. In diesem Rahmen sind heute schon über 70 Prozent der Wohnungen unserer Mitgliedsunternehmen an die umweltfreundliche Fernwärme angeschlossen. Seit 1990 haben unsere Mitgliedsunternehmen die CO₂-Emissionen ihrer Wohnungsbestände um über 20 Prozent reduziert. Erreicht wurde das alles durch Investitionen von fast 30 Milliarden Euro in Instandsetzung, Instandhaltung und Modernisierung der Wohnungen. Heute sind über 80 Prozent unserer Wohnungsbestände teilweise oder vollständig modernisiert. Das zeigt: Die Wohnungswirtschaft stellt sich ihrer klima- und umweltpolitischen Verantwortung auch ohne gesetzlichen Zwang.“

Anreizsysteme seien daher ein besserer Weg zur Umsetzung der klimapolitischen Ziele der Bundesregierung. „Auf diese Weise ist sehr viel eher zu gewährleisten, dass praktikable und wirtschaftliche Lösungen gefunden werden“, so Burkardt. Die Wohnungswirtschaft sei gerne bereit, dazu auf Landes- und Bundesebene mit der Politik zu kooperieren.

Quelle/Kontaktadresse:

Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU)

Dr. David Eberhart, Pressesprecher

Lentzeallee 107, 14195 Berlin

Telefon: (030) 897810, Telefax: (030) 89781249

eMail: info@bbu.de

Internet: <http://www.bbu.de>



[LifeID 10102]

Klimapolitik: Wohnungswirtschaft warnt vor Schnellschüssen

Schon über 70 Prozent der Mitgliedswohnungsbestände mit Fernwärme versorgt

(lifepr) Berlin, 02.08.2007 - Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) mahnt in der Klimadebatte zur Besonnenheit. Damit reagiert der Verband auf den Vorstoß des Bundesumweltministeriums zur Einführung eines verbindlichen Ökowärmeanteils für Haushalte. „Mit hektischen Schnellschüssen einzelner Bundesminister ist dem Klimaschutz nicht gedient. Wir brauchen ein transparentes, in sich schlüssiges und vor allem langfristiges Konzept zum Klimaschutz“, sagte BBU-Vorstandsmitglied Ludwig Burkardt. Maßgeschneiderte Anreizprogramme für die unterschiedlichen Gebäudeeigentümer seien dabei sinnvoller als Gesetze und Verordnungen. Außerdem müssten Modernisierungshemmnisse abgebaut werden.

Die Wohnungswirtschaft Berlin-Brandenburgs sei offen für Maßnahmen zur weiteren Steigerung der Energieeffizienz in ihren Wohnungsbeständen. „Allein schon aus Gründen der Vermietbarkeit bemühen sich die Wohnungsunternehmen schon seit Jahren um ein effektives Energiemanagement. In diesem Rahmen sind heute schon über 70 Prozent der Wohnungen unserer Mitgliedsunternehmen an die umweltfreundliche Fernwärme angeschlossen. Seit 1990 haben unsere Mitgliedsunternehmen die CO₂-Emissionen ihrer Wohnungsbestände um über 20 Prozent reduziert. Erreicht wurde das alles durch Investitionen von fast 30 Milliarden Euro in Instandsetzung, Instandhaltung und Modernisierung der Wohnungen. Heute sind über 80 Prozent unserer Wohnungsbestände teilweise oder vollständig modernisiert. Das zeigt: Die Wohnungswirtschaft stellt sich ihrer klima- und umweltpolitischen Verantwortung auch ohne gesetzlichen Zwang.“

Anreizsysteme seien daher ein besserer Weg zur Umsetzung der klimapolitischen Ziele der Bundesregierung. „Auf diese Weise ist sehr viel eher zu gewährleisten, dass praktikable und wirtschaftliche Lösungen gefunden werden“, so Burkardt. Die Wohnungswirtschaft sei gerne bereit, dazu auf Landes- und Bundesebene mit der Politik zu kooperieren.

Unter dem Dach des BBU sind 365 Wohnungsbaugesellschaften und – genossenschaften der Länder Berlin und Brandenburg vereint. Die von den BBU-Mitgliedern verwalteten ca. 1,11 Millionen Wohneinheiten stellen 41 Prozent aller Mietwohnungen in Berlin und 49 Prozent der Mietwohnungen in Brandenburg dar. Hier wohnen rund zwei Millionen Mieterinnen und Mieter.

Ansprechpartner:
Herr Dr. David Eberhart
E-Mail: david.eberhart@bbu.de
Telefon: +49 (30) 897 81 118
Fax: +49 (30) 897 81 4118
Zuständigkeitsbereich: Sprecher des Verbandes

Über Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) :